

Offener Brief an die Senatorin für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung

Frau Senatorin Maryam Blumenthal

und an die Staatsrätin Frau Dr. Eva Gumbel

sowie die Fachabgeordneten der Hamburger Bürgerschaft

Hamburg, 8. Dezember 2025

Betreff: Zur geplanten Schließung des Zentrums für Disability Studies und Teilhabeforschung (ZeDiSplus) – Kehrtwende gefordert!

Sehr geehrte Frau Senatorin Blumenthal,
sehr geehrte Frau Staatsrätin Dr. Gumbel,
sehr geehrte Fachabgeordnete der Hamburger Bürgerschaft,

wir wenden uns als Mitarbeiter*innen des Zentrums für Disability Studies und Teilhabeforschung (ZeDiSplus) an Sie und die Hamburger Öffentlichkeit. Der Senat plant die Schließung des ZeDiSplus zum 31. Dezember 2025. Wir sehen uns gezwungen, die bisher fehlende wissenschaftliche Auseinandersetzung und ausstehende Beteiligung der betroffenen Wissenschaftler*innen und ihrer wissenschaftlichen Fachverbände zu kommentieren und – ganz im Sinne der Forschungspraxis der Disability Studies – den wissenschaftspolitischen Umgang erneut in der Sache zu thematisieren.

Das ZeDiSplus steht seit 20 Jahren für etwas Innovatives: Behinderte Menschen arbeiten hier nicht als Objekte von Forschung und Lehre, sondern als eigenverantwortliche Wissenschaftler*innen, Lehrende und Forschende. Behinderung wird nicht vornehmlich als medizinisches, individuelles Problem behandelt – sondern als Frage von Menschenrechten, Macht und Möglichkeiten für umfassende gesellschaftliche Partizipation: Wie muss die Gesellschaft gestaltet werden, damit alle Menschen fair behandelt werden? Hamburg hat mit dem ZeDiSplus international Maßstäbe gesetzt. Mit der geplanten Schließung gibt die Stadt nicht nur eine akademische Einrichtung auf – sie gibt auf, die Menschenrechte behinderter Menschen insbesondere gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) auch wissenschaftlich ernst zu nehmen.

Das Problem mit der „Neustrukturierung“: Stilllegung durch wirtschaftliche Austrocknung

Der Senat behauptet, dass die Lehre und Forschung mit dem Profil der Disability Studies 2028 „neu strukturiert“ an der HAW Hamburg weitergehen würde. Wir halten diese Absichtserklärung für eine Mogelpackung. Es gibt weder einen Plan, noch einen Ort, noch Geld für die Jahre dazwischen. Die HAW-Professor*innen, die angeblich diese „Neustrukturierung“ verantwortlich gestalten sollen, sind gar nicht mit Disability Studies befasst. Ebenso wenig wird die Expertise des ZeDiSplus oder der wissenschaftlichen Fachgemeinschaft bisher in die Planungen einbezogen.

Das ist keine Übergangspause, sondern eine Strategie der wirtschaftlichen Austrocknung: Keine Zwischenfinanzierung, kein Plan, kein Dialog, und dann ist die Einrichtung weg. Das ist eine politische Praxis, die in verschiedenen Kontexten zu beobachten ist - von autokratischen Regimen bis zu Demokratien mit autoritärer Neigung: Statt offener Entscheidungen erfolgt faktische Stilllegung durch gezielte Unterfinanzierung. Die politische Entscheidung erscheint dabei als alternativloser Sachzwang, ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen. Unter dem Deckmantel der „Neuausrichtung“ wird so eine menschenrechtsbasierte akademische Querschnittsdisziplin zum Verschwinden gebracht.

Was wird wirklich aufgegeben?

Das ZeDiSplus ist mehr als eine gewöhnliche akademische Einrichtung. Es ist ein Ort der institutionellen Repräsentanz von behinderten Menschen in der Wissenschaft. Hier übernehmen behinderte Wissenschaftler*innen Leitungsfunktionen, hier definieren sie ihre Forschungsfragen, hier unterrichten sie Studierende aller Hamburger Hochschulen. Alle Lehrveranstaltungen sind darüber hinaus stets auch für Interessierte ohne Hochschulzugangsberechtigung allgemein zugänglich. Das ist Inklusion im starken Sinne: Nicht „Wie bringen wir Behinderte hierher?“, sondern menschenrechtsbasiert im Sinne von „Wie gestalten wir akademische Lehr- und Lernräume möglichst allgemein zugänglich und hierarchiefrei, dass von Anfang an alle, die es wollen, gleichberechtigt und gleichwertig dazugehören und partizipieren können?“

Mit der Schließung verliert Hamburg nicht nur eine akademische Einrichtung, die weit über die Landesgrenzen bekannt ist. Es verliert den sichtbaren, institutionellen Ort, an dem behinderte Menschen in der Wissenschaft Macht haben - auf Augenhöhe - und nicht nur Objekte von Forschung und Lehre sind.

Ein Muster: Kritische Wissenschaften unter Druck

Das ZeDiSplus ist davon nicht isoliert betroffen. Im Juli 2024 beschloss Hamburg die faktische Schließung der Forschungsstelle zu Hamburgs kolonialem Erbe. Im September 2024 folgte die Auflösung der bundesweit einzigartigen Bibliothek für Frauenforschung und Gender Studies. Drei kritische Forschungsstrukturen in einem Jahr – das ist kein Zufall.

Das wirft die grundsätzliche Frage auf: Kann Hamburg nicht mit kritischer Wissenschaft umgehen? Will die Stadt nicht, dass Forscher*innen Machtstrukturen, Geschichte und Diskriminierungen hinterfragen? Das ist besonders brisant, weil die grüne Behördenleitung sich öffentlich wiederholt zur Aufarbeitung der Kolonialgeschichte, zur Bekämpfung von Antisemitismus, Rassismus, Sexismus und Ableismus sowie zu einer allgemeinen Gleichstellungspolitik verpflichtet hat. Genau diese wissenschaftlichen Strukturen, die zur Umsetzung dieser Verpflichtung beitragen, werden allerdings abgebaut.

Das signalisiert: Manche Diskriminierungsformen sind der Stadt wichtig. Andere weniger. Ableismus offenbar eher nicht. Besonders problematisch ist das Timing: Der Senat baut in Zeiten ab, in denen kritische Wissenschaft am dringendsten gebraucht wird, um gegen Diskriminierung und Machtmissbrauch anzugehen. Das schwächt die intellektuellen Abwehrkräfte gegen autoritäre Strömungen und ableistische Diskurse, die heute wieder Raum gewinnen. Diskurse, die wir aus der Geschichte kennen und überwunden glaubten.

Die Frage nach der historischen Verantwortung – richtig gestellt

Deutschland hat unter dem Nationalsozialismus etwa 300.000 behinderte Menschen im „Euthanasie“-Programm ermordet, weitere 400.000 wurden zwangssterilisiert. Das war systematisch organisiert. Das NS-Regime rechtfertigte diese Verbrechen mit pseudowissenschaftlichen Theorien wie der Erbgesundheitslehre, und Wissenschaftler*innen waren aktiv an ihrer Umsetzung beteiligt. Das war Wissenschaft im Dienste der Vernichtung und Verhinderung behinderten Lebens.

Das ist Geschichte – aber diese Geschichte ist nicht überwunden. Bei der Corona-Triage-Debatte 2020-2021 erhoben sich erneut Stimmen, die behinderte Menschen als weniger schützenswert einstufen wollten – mit vergleichbaren Argumentationsmustern wie in der NS-Zeit: utilitaristischen Kalkulationen von „Lebenswert“, „Lebensqualität“, „gesellschaftlichem Nutzen“. Das Bundesverfassungsgericht musste eingreifen, um das zu untersagen. Aktuell wird die assistierte Sterbehilfe verstärkt diskutiert, und die zunehmend selektive Pränataldiagnostik zielt darauf ab, die Zahl der behinderten Menschen zu reduzieren – paradox vor dem Hintergrund, dass alte Menschen den größten Anteil unter behinderten Menschen ausmachen.

Das ist nicht Geschichte. Das ist unsere Gegenwart.

Disability Studies sind die wissenschaftliche Gegenkraft zu diesen Tendenzen. Sie dekonstruieren die Logik der „Geringwertigkeit“, die immer wieder herangezogen wird, um behinderte Menschen zu benachteiligen, zu diskriminieren und auszugrenzen. Sie zeigen, dass Behinderung kein individuelles Defizit ist, sondern dass Gesellschaften Barrieren schaffen, die Menschen mit

unterschiedlichen Körpern und Fähigkeiten benachteiligen. Sie weisen nach, dass eugenische und ableistische Praxen keine wissenschaftlichen Grundlagen haben, sondern ein Ausdruck von Machtverhältnissen sind.

Aus der deutschen Geschichte lernen bedeutet die Forderungen der UN-BRK, die internationale Anerkennung der Disability Studies, das Prinzip der emanzipatorischen Partizipation behinderter Menschen auch im akademischen Raum ernst zu nehmen. Genau deshalb ist die Schließung des ZeDiSplus ein fataler Fehler: Kritische Wissenschaft, die gesellschaftliche Machtverhältnisse hinterfragt, braucht es aus historischer Verantwortung. Damit behinderte Menschen nie wieder zum bloßen Forschungsobjekt anderer werden.

Die Illusion der „Bildungsfachkräfte-Lösung“

Der Senat plant an der HAW nun eine „Bildungsfachkräfte-Ausbildung mit praktischem Wissen von behinderten Menschen“. Das klingt nach Inklusion – ist aber das Gegenteil. Der Unterschied ist fundamental:

Disability Studies sind eine akademische Disziplin. Die Bildungsfachkräfte-Ausbildung ist eine Qualifizierungsmaßnahme, in der Menschen mit Lernschwierigkeiten von nicht-behinderten Expert*innen unterrichtet werden. Machthierarchien zwischen nicht-behinderten Ausbilder*innen und behinderten „Praktiker*innen“ werden zementiert. Das ist hierarchisch. Das ist paternalistisch. Das ist in keiner Weise mit den Disability Studies vergleichbar. Indem akademische Forschung durch „Erfahrungswissen“ ersetzt wird, wird suggeriert: Behinderte Menschen bräuchten keine Wissenschaft, Praxis sei ausreichend. Das ist eine De-Professionalisierung des Wissens behinderter Menschen. Der Senat nennt dies euphemistisch „Zusammenlegung“ - aber tatsächlich wird eine akademische Disziplin "unter einem Dach" zum Anhängsel einer nicht-akademischen Qualifizierungsmaßnahme zurückgestuft. Das ist Delegitimierung und Stilllegung kritisch-emanzipatorischer Wissenschaft unter dem Deckmantel von Inklusion.

Die undurchsichtige Allianz: Sparen auf dem Rücken von kritischer Wissenschaft

Der Senat schweigt sich darüber aus, warum eine international anerkannte akademische Disziplin und ein etabliertes Institut mit einer nichtakademischen Ausbildungsmaßnahme eines Trägers der Behindertenhilfe verschmolzen werden soll. Das ergibt wissenschaftlich und inhaltlich keinen Sinn - es scheint vielmehr reine Sparpolitik zu sein: Die Wissenschaftsbehörde zahlt nicht für die Bildungsfachkräfte-Qualifizierung, spart aber mit der Schließung des ZeDiSplus die Disability Studies ein. Der Träger der Qualifizierungsmaßnahme gewinnt akademische Aufwertung und Prestige. Die Verlierer sind klar: Disability Studies und Studierende aller Hamburger Universitäten und Hochschulen sowie behinderte Menschen, die statt akademischer Bildung nur noch eine segregierende berufliche Qualifizierung erhalten. Unter dem Deckmantel von „Inklusion“ und

„Neustrukturierung“ wird diese Priorisierung durchgesetzt und politische Kontinuität behauptet - wissenschaftspolitisch ist es aber eine klare Abwertung: Disability Studies werden aus der Wissenschaft in die 'Behindertenhilfe-Infrastruktur' verschoben.

Disability Studies sind jedoch kein Add-On für etablierte Disziplinen. Sie sind viel mehr als einzelne Disziplinen – und sie stellen deren Grundannahmen selbst in Frage. Sie lassen sich daher nicht auf ein einzelnes Modul im Studium der Sozialen Arbeit oder als Anhängsel einer beruflichen Qualifizierung reduzieren. Sie sind eine eigenständige akademische Disziplin: theoretische Grundlage der UN-BRK, kritisch-emanzipatorische Wissenschaft, institutionelle Repräsentanz behinderter Menschen im akademischen Diskurs.

Unsere Forderungen

Folgen Sie dem internationalen Appell: Über 150 Wissenschaftler*innen und über 5.000 Unterstützer*innen fordern den Erhalt des ZeDiSplus (<https://weact.campact.de/petitions/disability-studies-bedroht-kritisch-emanzipatorische-wissenschaft-schutzen-und-starken-1>). Die Fachgesellschaften haben Stellungnahmen abgegeben. Diese Stimmen müssen gehört werden.

Stoppen Sie die Schließung. Finanzieren Sie das ZeDiSplus als eigenständige akademische Einrichtung weiter – mit der Unabhängigkeit, die Disability Studies brauchen. Warum ist Unabhängigkeit unverzichtbar? Weil feministische Wissenschaft in einer patriarchalisch geprägten Wissenschaftslandschaft auch nicht gedeiht, wenn sie männlich-dominierten Disziplinen untergeordnet ist. Genauso können Disability Studies nicht kritisch arbeiten, wenn sie unter Disziplinen angesiedelt sind, die sie kritisieren. Kritische Wissenschaft braucht Freiheit - sonst ist sie nicht mehr kritisch, sondern angepasst.

Echte Partizipation: Treten Sie mit uns und der Fachcommunity in einen Dialog ein. Beteiligen Sie behinderte Wissenschaftler*innen an dieser Entscheidung - nicht als Anhang, sondern mit echter Entscheidungsmacht. Das ist das Gebot der UN-BRK: „Nichts über uns ohne uns“.

Strukturelle Gleichstellung: Das ZeDiSplus braucht eine gesicherte Finanzierung aus dem Globalhaushalt der Hamburger Hochschulen - genauso wie Gender Studies. Dieser Lösungsvorschlag wurde bereits von Vertreter*innen der Wissenschaftsbehörde selbst im Dezember 2024 vorgeschlagen. Warum wird er nicht umgesetzt?

Ausbau statt Abbau: Nutzen Sie die Chance, ein nationales Zentrum für Disability Studies in Hamburg aufzubauen – mit hochschulübergreifenden, interdisziplinären Zertifikatsstudiengängen, auch für Menschen ohne Hochschulzugangsberechtigung.

Abschließend

Die geplante Schließung ist kein wissenschafts- und inklusionspolitischer Fortschritt - sie ist ein dramatischer Rückschritt. Eine Politik, die Menschenrechte predigt, aber kritische Stimmen marginalisiert, ist unglaublich. Sie offenbart einen grundsätzlichen Widerspruch. Denn echte Menschenrechtspolitik für behinderte Menschen bedeutet: nicht ÜBER behinderte Menschen zu entscheiden – sondern MIT ihnen. Sie bedeutet, mit paternalistischen Mustern zu brechen, nicht sie zu reproduzieren. Das ist das Gegenteil von dem, was der Senat hier tut.

Wir appellieren daher an Sie - und in fester Solidarität mit den Kolleg*innen an der Universität zu Köln, deren einzige bundesdeutsche Professur für Disability Studies gerade ebenfalls gestrichen wurde: Nehmen Sie den Wert des ZeDiSpluS für Hamburg, für die deutschsprachigen und internationalen Disability Studies, für die gesellschaftliche Solidarität und für die Wahrung der Menschenrechte ernst, statt ihn politisch zu zerstören! Noch können Sie diese Entscheidung überdenken und Ihrer Politik eine andere Richtung geben.

Mit freundlichen Grüßen, in tiefer Sorge um die Zukunft von Disability Studies und in der Erwartung, dass Sie unsere Forderungen ernsthaft berücksichtigen mögen und unser hiesiges Schreiben beantworten,

die Mitarbeiter*innen des ZeDiSpluS

Sabine Maaß, Jürgen Homann, Siegfried Saerberg

Zentrum für Disability Studies und Teilhabeforschung

Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie Hamburg

Kopie an:

Hamburgische Bürgerschaft | Wissenschaftsausschuss | Fraktionen: Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU | Präsidium HAW Hamburg | Department Soziale Arbeit HAW Hamburg | Kollegium Ev. Hochschule Hamburg | Zentrum Gender & Diversity Hamburg | Deutsches Institut für Menschenrechte – Monitoring-Stelle UN-BRK | AGDS | Verein Disability Studies Deutschland e.V. | Gedenkstätte für die Opfer der „Euthanasie“-Morde in Langenhorn | Landeszentrale für Politische Bildung | Deutscher Behindertenrat | LAG für behinderte Menschen Hamburg | ISL Deutschland e.V. | autonom leben e.V. Hamburg | Medien

OPEN LETTER

To the Senator for Science, Research, Equality, and Administrative Districts

Ms. Senator Maryam Blumenthal

and to the State Councillor Dr. Eva Gumbel

and to the Specialist Representatives of the Hamburg Parliament (Hamburgische Bürgerschaft)

Hamburg, December 8, 2025

Subject: On the Planned Closure of the Centre for Disability Studies and Participatory Research (ZeDiSplus) – A Reversal in Policy Demanded

Dear Ms. Senator Blumenthal,

Dear Ms. State Secretary Dr. Gumbel,

Dear Specialist Representatives of the Hamburg Parliament,

We, as staff members of the Centre for Disability Studies and Participatory Research (ZeDiSplus), are writing to you and the Hamburg public. The Senate is planning to close ZeDiSplus as of December 31, 2025. We find ourselves compelled to comment on the lack of scientific debate and the absence of participation by the scientists concerned and their academic professional associations and – in line with research practice in Disability Studies – to once again address the issue of science policy in this matter.

ZeDiSplus has stood for something innovative over the past 20 years: disabled people do not work here as objects of research and teaching, but as autonomous scholars, lecturers, and researchers. Disability is not treated primarily as a medical or individual problem – rather, it is understood as a matter of human rights, power, and possibilities for comprehensive societal participation: How must society be structured so that all people are treated fairly? Hamburg has set international standards with ZeDiSplus. With the planned closure, the city is not only relinquishing an academic institution – it is abandoning its commitment to taking disabled people's human rights seriously in scientific terms, particularly as articulated in the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities (UN-CRPD).

The Problem with "Restructuring": Shutdown through Financial Starvation

The Senate claims that teaching and research with the profile of Disability Studies will be "restructured" at HAW Hamburg in 2028. We regard this statement of intent as a deceptive package. There is neither a plan, nor a location, nor funding for the years in between. The HAW professors who are supposedly to design this "restructuring" are not engaged with Disability Studies at all. Likewise, the expertise of ZeDiSplus or the scholarly academic community has not been incorporated into the planning thus far.

This is not a transition period – it is a strategy of financial starvation: no intermediate funding, no plan, no dialogue, and then the institution is gone. This is a political practice that can be observed in various contexts – from autocratic regimes to democracies with authoritarian tendencies: rather than open decisions, factual shutdown occurs through deliberate underfunding. The political decision appears to be an unavoidable constraint, without any need for justification. Under the guise of "reorientation," a human rights-based academic interdisciplinary field is thus being eliminated.

What Is Really Being Sacrificed?

ZeDiSplus is more than an ordinary academic institution. It is a site of institutional representation for disabled people in scholarship. Here, disabled scholars assume leadership positions; here, they define their own research questions; here, they teach students from all Hamburg universities. All courses are also generally open to everyone interested, regardless of having formal university entrance qualifications. This is inclusion in a strong sense: not "How do we bring disabled people here?" but rather, in a human rights-based way: "How do we design academic teaching and learning spaces to be as broadly accessible and non-hierarchical as possible, so that from the beginning, all who wish to participate can do so as equal members?"

With the closure, Hamburg loses not only an academic institution known far beyond state boundaries. It loses the visible, institutional place where disabled people possess power in scholarship – on equal terms – and are not merely objects of research and teaching.

A Pattern: Critical Scholarship under Pressure

ZeDiSplus is not affected in isolation. In July 2024, Hamburg decided on the factual closure of the re-research institute on Hamburg's colonial legacy. In September 2024, the library for women's and gender studies, which was unique in Germany, was closed down. Three critical research structures in one year – this is no accident.

This raises the fundamental question: Is Hamburg unable to deal with critical scholarship? Does the city not want researchers to interrogate power structures, history, and discrimination? This is

particularly controversial because the scientific authority led by the Green Party has repeatedly committed itself publicly to reckoning with colonial history, combating antisemitism, racism, sexism, and ableism, and pursuing general equality policies. Yet these very scholarly structures that contribute to implementing these commitments are being dismantled.

This signals: some forms of discrimination matter to the city. Others less so. Ableism apparently not much at all. What is particularly troubling is the timing: The Senate is cutting back precisely at a time when critical scholarship is most urgently needed – to counter discrimination and the abuse of power. This undermines the intellectual defences against authoritarian tendencies and ableist discourses that are gaining traction today. Discourses we know from history and believed we had overcome.

The Question of Historical Responsibility – Posed Correctly

Germany murdered approximately 300,000 disabled people in the Nazi "euthanasia" programme and forcibly sterilised another 400,000. This was systematic. The Nazi regime justified these crimes through pseudo-scientific theories such as eugenics, and scholars were actively involved in their implementation. This was scholarship in service of elimination and the prevention of disabled life.

This is history – but this history is not overcome. During the COVID triage debate of 2020–2021, voices again arose that sought to classify disabled people as less worthy of protection – employing argument patterns comparable to those in Nazi times: utilitarian calculations of "life worth," "quality of life," "social utility." The German Constitutional Court had to intervene to stop this. Currently, assisted dying is increasingly being discussed, and increasingly selective prenatal diagnosis are aimed at reducing the number of disabled people born – paradoxical given that elderly people comprise the largest share among disabled people.

This is not history. This is our present.

Disability Studies constitutes the scholarly counterforce to these tendencies. It deconstructs the logic of "worthlessness" that is repeatedly invoked to disadvantage, discriminate against, and exclude disabled people. It demonstrates that disability is not an individual deficit, but rather that societies create barriers that disadvantage people with different bodies and abilities. It shows that eugenic and ableist practices have no scientific foundation, but rather are expressions of power relations.

Learning from German history means taking seriously the demands of the UN-CRPD, the international recognition of Disability Studies, and the principle of emancipatory participation of disabled people in academia. Precisely for this reason, the closure of ZeDiSplus is a mistake:

critical scholarship that interrogates societal power relations is needed from a standpoint of historical responsibility. Also so that disabled people are not again reduced to mere research objects for others.

The Illusion of the " Educational Specialists Solution "

The Senate now plans at HAW Hamburg an " Educational Specialists programme with practical knowledge from disabled people." This sounds like inclusion – but is the opposite. The difference is fundamental:

Disability Studies is an academic discipline. Educational Specialists training is a qualification programme in which people with learning disabilities are taught by non-disabled experts. Power hierarchies between non-disabled instructors and disabled "practitioners" are cemented. This is hierarchical. This is paternalistic. This is in no way comparable to Disability Studies. By substituting "experiential knowledge" for academic research, the suggestion is made: disabled people do not need science, practice suffices. This constitutes a de-professionalisation of disabled people's knowledge. The Senate euphemistically calls this "consolidation" – but actually, an academic discipline is being downgraded "under one roof" to an appendage of a non-academic training programme. This is delegitimising and shutting down critical-emancipatory scholarship under the guise of inclusion.

The Opaque Alliance: Saving Money on the Backs of Critical Scholarship

The Senate remains silent on why an internationally recognised academic discipline and an established institute should be merged with a non-academic training programme run by a disability support organisation. This makes no sense scientifically or in terms of content – rather, it appears to be pure fiscal politics: the Science Authority does not pay for the Educational Specialists training programme, but saves money by closing ZeDiSplus and thus eliminating Disability Studies. The organisation operating the training programme gains academic prestige and recognition. The losers are clear: Disability Studies, as well as students at all Hamburg universities, and disabled people, who receive only segregated vocational training rather than academic education. Under the guise of "inclusion" and "restructuring," this prioritisation is being implemented and political continuity claimed – but from a science policy standpoint it is a clear demotion: Disability Studies is being relocated from scholarship into "disability services infrastructure."

Disability Studies, however, is not an add-on to established disciplines. It is far more than individual disciplines – and it calls into question those disciplines' fundamental assumptions. It therefore cannot be reduced to a single module in social work studies or to an appendage to vocational training. It is an autonomous academic discipline: theoretical foundation of the UN-

CRPD, critical-emancipatory scholarship, institutional representation of disabled people in academic discourse.

Our Demands

Follow the international appeal: Over 150 scholars and over 5,000 supporters are calling for the preservation of ZeDiSplus (<https://weact.campact.de/petitions/disability-studies-bedroht-kritisch-emanzipatorische-wissenschaft-schutzen-und-starken-1>). Academic professional societies have issued statements. These voices must be heard.

Stop the closure. Continue funding ZeDiSplus as an autonomous academic institution – with the independence that Disability Studies requires. Why is independence indispensable? Because feminist scholarship does not thrive in a patriarchally structured academic landscape when it is subordinated to male-dominated disciplines. Similarly, Disability Studies cannot work critically when it is placed under disciplines that it critiques. Critical scholarship needs freedom – otherwise it is no longer critical but conformist.

Genuine participation: Enter into dialogue with us and the scholarly community. Include disabled scholars in this decision – not as appendages but with genuine decision-making power. This is what the UN-CRPD demands: "Nothing about us without us."

Structural equality: ZeDiSplus requires sustained funding from the global budget of Hamburg's universities – just like Gender Studies. This solution was already proposed by representatives of the Science Authority themselves in December 2024. Why is it not being implemented?

Expansion instead of reduction: Seize the opportunity to build a national centre for Disability Studies in Hamburg – with university-wide, interdisciplinary certificate programmes, also for people without formal university entrance qualifications.

In Conclusion

The planned closure is not a step forward in science policy or inclusion – it is a major step backward. A politics that preaches human rights but marginalises critical voices lacks credibility. It reveals a fundamental contradiction. Because genuine human rights policy for disabled people means: not deciding ABOUT disabled people – but deciding WITH them. It means breaking with paternalistic patterns, not reproducing them. This is the opposite of what the Senate is doing here.

We therefore appeal to you: take the value of ZeDiSplus for Hamburg, for German-language and international Disability Studies, for societal solidarity, and for the preservation of human rights seriously, rather than destroying it politically! You can still reconsider this decision and redirect your policy.

With kind regards, in deep concern for the future of Disability Studies and in the expectation that you will give serious consideration to our demands and respond to this letter,

The staff members of ZeDiSplus

Sabine Maaß, Jürgen Homann, Siegfried Saerberg

Centre for Disability Studies and Participatory Research

Evangelical University for Social Work & Diaconal Studies Hamburg

Supported by:

Copy to: Hamburg Parliament | Science Committee | All parliamentary groups (Die Linke, Alliance 90/The Greens, SPD, CDU) | Presidency of HAW Hamburg | Department of Social Work, HAW Hamburg | Collegium, Evangelical University Hamburg | Centre for Gender and Diversity Hamburg | German Institute for Human Rights – UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities Monitoring Office | AGDS | Association for Disability Studies Germany | Memorial Site for Victims of Nazi "Euthanasia" Murders in Langenhorn | State Centre for Civic Education | German Disability Council | State Working Group for Disabled People Hamburg | Independent Living Germany | Self-Determination Living Hamburg / autonom leben e.V. Hamburg | Media

Sabine Maaß

Projektkoordinatorin

Pronomen: sie/ihr

Ev. Hochschule für Soziale Arbeit & Diakonie.

Stiftung Das Rauhe Haus

Zentrum für Disability Studies (ZeDiS)

Horner Weg 170

22111 Hamburg

Tel./Fax: 040 / 655 91 - 183

e-Mail: sabine.maass@zedis-hamburg.de

www.zedis-hamburg.de